

enough is enough!

Kein Friede mit der städtischen Sparpolitik!

Hort der Gewalt, ganz ekelige Ecke, Tempel der Gewalt, Chaoten-Hochburg – Das Juzl hat bei den „Offiziellen“ in Göttingen viele Namen. Was das Juzl wirklich ist, scheinen sie die Jahre über nie kapiert zu haben. Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre begann sich die Göttinger Hausbesetzungsbewegung für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum einzusetzen. Abseits des Mainstream sollte Platz für die Verwirklichung eigener Ideen und für alternative Jugendarbeit entstehen. Schließlich wurde 1982 das Juzl (Jugendzentrum Innenstadt) als Zentrum in der Innenstadt gegründet. Das Juzl versteht sich als antifaschistisch und antisexistisch. Wir haben den Anspruch, in politische Belange einzugreifen – was mal besser und mal weniger klappt. Das Juzl ist ein Ort wo linke Politik gemacht und gelebt werden kann, wo Menschen ihr Leben und die Verwirklichung ihrer Bedürfnisse selbst in die Hand nehmen wollen und können. Das Juzl bietet daher für eine Vielzahl von Aktivitäten Platz: es gibt Jugendcafés, politische Gruppen, Bands, Konzerte, Partys, Bars, eine Tischlerei, eine Siebdrucke, eine Bibliothek und ein Fotolabor. Hier treffen verschiedenste Menschen und Gruppen aufeinander. Das Verbindende ist eine Verweigerung gegenüber dem auf Geld, Verwertbarkeit und Konsum ausgerichteten Einheitsbrei – die Palette der Meinungen und Stile ist vielfältig, Streitbar und natürlich nicht immer einfach. Trotzdem ist ein Zentrum entstanden, dass aus der politischen und kulturellen Struktur Göttingens nicht mehr wegzudenken ist. Dass ein solches selbstverwaltetes, und damit unabhängiges Jugendzentrum der Stadt nicht besonders gut in den Kram passt, dürfte klar sein. Zahlreiche Auseinandersetzungen führten letztendlich immer wieder dazu, dass sich die fort-

schriftlichen Kräfte durchsetzen konnten und das Juzl nicht geschlossen wurde. Die aktuellen Vernichtungspläne der Stadt sind also keineswegs neu oder durch die Haushaltslage vorgegeben. Vielmehr reißen sie sich nahtlos in die nun fast 20jährige Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen Juzl und Stadt ein.

Eine neue Facette bekamen diese Auseinandersetzungen, als im Herbst 99 in Göttingen erstmalig der Oberbürgermeister direkt gewählt wurde. Unglückliche Umstände und eine Wahlbeteiligung in der Stichwahl von knapp 26% führten dazu, dass der CDU-Kandidat und Staatsanwalt J. Danielowski bei der Wahl gewann (51%). Neu ist auch, dass der Posten des Oberstadtdirektors wegfällt und seine Aufgaben vom Oberbürgermeister übernommen werden, so dass der Verwaltung jetzt nicht mehr ein SPD- sondern ein CDU-Mitglied vorsteht. Um Konflikte zu vermeiden, kündigte die SPD ihre Koalition mit den Grünen und ging mit der CDU ein sogenanntes „Bündnis für Göttingen“ ein. Ziel dieses Bündnisses soll vor allem die Konsolidierung des Haushaltes sein, da Göttingen schon seit Jahren notorisch pleite ist und sich jedes Jahr den Haushalt von der Bezirksregierung in Braunschweig genehmigen lassen muss.

Wie sich Danielowski diese „Sanierung“ vorstellt, machte er kurz nach Amtsantritt deutlich. Im Alleingang wollte er dem alternativen Kulturzentrum KAZ, dem jungen theater sowie der Film- und Kinoinitiative Lumiere die städtischen Zuschüsse komplett streichen, was deren Schließung bedeuten würde. Auch allen Göttinger Jugendzentren, darunter das Juzl, sollten die Verträge gekündigt werden, um, wie er es nannte, „Spielraum für eine Überprüfung“ zu haben. Ganz unverblümt sprach er im kulturdarwinistischen Stil der 70er Jahre davon, die großen Projekte erhalten und die kleinen vernichten zu wollen (Originalzitat).

Nach breitem Protest wurden diese Pläne im Früh-Sommer letzten Jahres erstmalig auf Eis gelegt.

Praktisch ein Jahr später, liegen die nun hinter verschlossenen Türen ausgeküngelten „Sparpläne“ vor. Das Juzl verliert mit 30.000 DM mehr als ein Viertel des Personalkostenzuschusses und muss in Folge mit einer 2/3tel Stelle weniger auskommen. Der musa, einem anderen alternativen Kultur und Kunst Projekt, gehen ebenso fast 30.000 DM verloren. Auch zahlreiche weitere kleinere Organisationen z.B. aus dem Umweltbereich verlieren Zuschüsse in einer Größenordnung weit unter 10.000 DM.

Selbst alles zusammengerechnet ergibt sich keine Summe, die den Haushalt der Stadt Göttingen auch nur im geringsten entlastet – die betroffenen Projekte stehen aber durch die Kürzungen vor enormen Problemen oder ihrem Ende. Das was CDU und SPD als „Diskussion zur Konsolidierung des Haushaltes“ bezeichnen, ist folglich unter anderem Vorzeichen betrachtet, deutlich besser zu verstehen. Hier wird zum großen Schlag gegen die alternative und linke Szene in Göttingen ausgeholt. Hier wird Politik gemacht, die darauf zielt, ein Klima der Verunsicherung und Konkurrenz zu schaffen. Statt sich gegenüber Bezirks- und Landesregierung offensiv zu verhalten, nutzen Danielowski und CDUSPD die Gelegenheit, unliebsame Projekte „totzusparen“. Der angebliche finanzielle Druck dient dazu, von der dahinterstehenden zielgerichteten Politik und der damit verbundenen eigenen Verantwortung abzulenken. So können sie behaupten, sie wollten keine Projekte gefährden und diese trotzdem ruinieren. Wenn die PolitikerInnen davon reden, dass „alles auf den Prüfstand muss“ meinen sie damit bisher vor allem Projekte aus dem



alternativen Bereich. Und es geht hier eben nicht um finanzpolitische Fragen, sondern darum, diese Projekte zu zerstören. Die „Ersparnisse“ aus den Kürzungen werden die Stadt auf keinen Fall sanieren. Aber wie schon gesagt, dass ist auch gar nicht das Ziel. Statt dessen werden Projekte kaputt gemacht, die nicht nur den Menschen dort wichtig sind, sondern die auch Ausdruck einer bestimmten politischen Richtung und Kultur in Göttingen sind. Ausdruck einer Kultur, die nicht nach kapitalistischen Maßstäben funktioniert und die nicht nur einer kleinen Zahl an Personen zugänglich ist. Ausdruck einer Politik, die sich nicht an der herrschenden Windrichtung in Deutschland und Europa orientiert, sondern konsequent die eigenen Vorstellungen eines hierarchiefreien Umgangs untereinander umzusetzen versucht. Ausdruck einer Politik, die nicht den Interessen der Wirtschaft gehorcht. Ausdruck einer Politik, die seit jeher offen auf der Straße und in den Ämtern antifaschistisch, antirassistisch und antisexistisch agiert. Hier sind Leute aktiv, die sich nicht einfach alles gefallen lassen und die damit immer wieder in Konflikt mit den Herrschenden und ihrem Wunsch nach meinungslosem Wahlvolk geraten. Es sind nicht die Verbotserfügungen, mit denen die Stadt auf die Versuche der NPD in Göttingen zu marschieren, reagierte, die das Klima in Göttingen bestimmen. Es ist die langjährige Arbeit der Leute und Einrichtungen, die von der Stadt jetzt unter dem Deckmantel der finanzpolitischen Notwendigkeit abgeräumt werden sollen. Nicht die Möglichkeit zur Einsparung ist der Leitfaden von CDU/SPD, sie wittern eine Chance ihnen unliebsame Projekte, ohne es direkt beim Namen zu nennen, aus der politischen Landschaft in Göttingen zu entfernen.

Wie eingangs erwähnt, steht auch das Juzl von Anfang an im Fadenkreuz der vermeintlichen Sparwut. Wir haben uns im Juzl immer auf uns selbst verlassen und das ist auch gut so. Wir sind glaubwürdig für Jugendliche, weil wir uns nicht in Parteienproporz verwickeln lassen oder an Kungeleien beteiligen. Wir sind damit der Stadt schon immer ein Dorn im Auge gewesen – egal, ob es sich dabei um einen OB Danielowski handelt oder um einen Oberstadtdi-

rektor namens Schierwater. Kein Wunder also, dass auch das Juzl seit jeher von Kürzungen oder der Schließung bedroht ist. Kein Wunder, dass es auch jetzt Ziel der politisch motivierten Kürzungen von CDU/SPD ist.

Für uns geht es nicht mehr um die Bitte, möglichst wenig oder gar nicht zu sparen. Wir schreiben seit Jahren Konzepte, warum wir Geld für vier statt zwei SozialarbeiterInnenstellen brauchen, wir betteln seit Jahren um gesicherte Zuschüsse und wir haben eine 40 %ige Kürzung der Betriebskostenzuschüsse seit Ende der 80er Jahre hingenommen. Darüberhinaus bekommen wir unsere Gelder bis zum Zeitpunkt der Genehmigung des Haushalts durch Braunschweig, nur zu 75% ausgezahlt. Im Jahr 2000 zog sich das bis in den Oktober. Die logische Folge wäre, den SozialarbeiterInnen auch nur 75% ihres Lohns auszahlen oder sie nur für 75% des Jahres, also bis Ende September einzustellen. Beides geht natürlich nicht. Es dürfte unnötig sein, darauf hinzuweisen, dass Sozialarbeit etwas mit Vertrauen und Regelmäßigkeit zu tun hat und nicht von Lust, Laune und Zahlungsmoral der Stadt abhängen darf. Die Probleme der Jugendlichen hören jedenfalls nicht für ein viertel Jahr einfach auf, nur weil kein Geld da ist.

Und zweifelsohne ist der Stadt klar: müsste sie die Arbeit der von den Kürzungen betroffenen Projekten selbst leisten, würde sie wahrscheinlich die 10fache Summe aufbringen müssen. Die Tatsache, dass wir immer wieder in die Rolle der BittstellerInnen gedrängt werden, verkehrt also die Situation. Damit ist jetzt Schluss! Wir werden nicht mehr betteln, wir sehen keinen Sinn darin, uns mit StadtvertreterInnen „gut zu stellen“, die es nicht mal für nötig halten, den betroffenen Projekten ihre Politik transparent zu machen.

Das was hier passiert, ist ein politischer Angriff, der auch eine politische Antwort braucht. Alle Initiativen, die von den aktuellen Kürzungen betroffen sind, machen mit großem Engagement und mit viel zu wenig Geld gute und sehr verschiedene Arbeit für eine große Zahl an BesucherInnen. Die Einrichtungen für Kultur, Jugend, Soziales und Frauen zu ruinieren, wird die Stadt nicht sanieren. Keines der Projekte ist überversorgt, vielmehr fehlt es bei den meisten an allen Ecken und Enden.

Lassen wir uns weiter auf das Spiel „es ist kein Geld da“ ein, helfen wir CDU/SPD nur ihre eigentlichen Ziele zu verschleiern. Jede Diskussion mit dem Ziel, das eigene Projekt möglichst positiv darzustellen, nützen sie dafür, ihr Interesse an unserer Arbeit in der Öffentlichkeit zu heucheln. Sie kennen sowohl unsere Argumente als auch unsere Arbeit und sie sind ihnen scheissegal. Die Stadt nimmt kulturelle, soziale, Jugend- und Frauenprojekte nicht ernst, sondern spart da, wo am wenigsten Ärger zu erwarten ist. Aber das wird nur klappen, wenn wir uns spalten lassen und jede Initiative einzeln versucht, ihr Projekt positiv darzustellen, ohne die dahinter stehende Strategie mit anzugreifen. Es ist höchste Zeit, die Machenschaften von Stadt und Konsorten beim Namen zu nennen. Die politische Landschaft in Göttingen soll verändert werden – nur darum geht es den beiden großen Parteien.

Machen wir ihnen einen Strich durch ihre Rechnung. Ihr politisches Kalkül darf nicht aufgehen! No Pasaran!

Uns reicht, nichts geht so weiter!
Hände weg vom Juzl und den anderen vom Kürzungsterror bedrohten Projekten!

Wir fordern daher:

- keine Kürzungen und keine Vertragskündigung im Jugend-, Kultur-, Sozial- und Frauenbereich!
- erhebliche Erhöhung der Zuschüsse; für das Juzl heisst das:
vier feste Stellen (statt zwei unterbezahlte) und Verdoppelung des Betriebskostenzuschusses
- und natürlich ab 2002 Abschaffung der Parteien- und Verwaltungskungelei zugunsten basisdemokratischer Räte, Grundversorgung für alle und ein Ende des Kapitalismus (schon deshalb, weil uns dieses ständige über Geld-reden-müssen echt auf die Nerven geht).

